

38. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Resolution:

„Insolvenzverfahren für überschuldete Länder des Südens: Koalitionsvertrag umsetzen“

Auf dem 38. Deutschen Evangelischen Kirchentag (07. – 11. Juni 2023) wurde in der Veranstaltung „Klimakrise begrenzen - Global Gerech?“, im Zentrum Schöpfungsverantwortung, die Resolution wie aufgeführt eingebracht und nach den Verfahrensregeln des Kirchentages abgestimmt.

Diese Regeln besagen u.a.:

- Der Resolutionstext enthält klare Forderungen und Adressat:innen. Auf nicht überprüfbare Fakten wird in der Argumentation verzichtet.
- Mehr als 500 Teilnehmer:innen sind zur Abstimmung anwesend.
- Nach dem Verlesen der Resolution besteht die Möglichkeit zu einer Gegenrede.
- Die Abstimmung erfolgt öffentlich mit der Möglichkeit der Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung.

Die große Mehrheit der an dieser Veranstaltung teilnehmenden Personen unterstützte das Resolutionsanliegen.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag befürwortet, dass Antragsteller:innen mit diesem deutlichen Votum die Resolution an die Adressat:innen überreichen.

Im Namen unserer Teilnehmer:innen bitten wir alle Adressat:innen, sich mit den aufgeführten Forderungen auseinanderzusetzen und in einen konstruktiven Dialog mit den Antragsteller:innen zu treten.

Rückfragen zum Resolutionsverfahren des Deutschen Evangelischen Kirchentages senden Sie bitte an jederzeit gern resolutionen@kirchentag.de.

Für den Kirchentag

Dr. Kristin Jahn
Generalsekretärin
38. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Resolutionsantrag

Antragsteller: erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e. V.
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf

Ansprechperson: Kristina Rehbein
Tel.: 0211 / 4693-196, E-Mail: buero@erlassjahr.de

Wunsch der Abstimmung beim Podium "Klimakrise begrenzen - Global Gerech?" im Zentrum Schöpfungsverantwortung am Donnerstag, den 8. Juni von 11-12:30 Uhr gewünscht

Insolvenzverfahren für überschuldete Länder des Südens: Koalitionsvertrag umsetzen

Klimawandel bekämpfen, Hunger und Armut beenden, Gesundheit und Bildung für alle – Das sind Ziele für nachhaltige Entwicklung, die die internationale Gemeinschaft bis zum Jahr 2030 erreichen will.

Aber: Ohne umfassende Schuldenerlasse gibt es keine Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels

Denn aktuell sind rund 90 Prozent aller Länder im Globalen Süden kritisch verschuldet. Einige dieser Länder müssen hohe Summen in die Schuldentrückzahlung stecken. Geld für Investitionen in Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels fehlt, genau wie für Investitionen in soziale Bereiche wie Gesundheit, Bildung und Armutsbekämpfung. Ob in Sambia, El Salvador oder Sri Lanka: Unter der hohen Schuldenlast leiden arme Menschen und verwundbare Gruppen wie Frauen und Kinder ganz besonders.

Um der Schuldenkrise zu entkommen, müssen überschuldete Staaten die Chance bekommen, unter fairen und transparenten Bedingungen einen Schuldenerlass zu verhandeln. Doch trotz Forderungen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik gibt es ein solches Verfahren bislang nicht. Daher fallen Schuldenerleichterungen derzeit viel zu gering aus. Die deutsche Bundesregierung hat dieses Problem erkannt. Sie will die Schaffung eines Insolvenzverfahrens für Staaten unterstützen. In ihrem Koalitionsvertrag haben die drei Regierungsparteien dieses Ziel für die Wahlperiode bis September 2025 festgehalten. Wir wollen die Regierung an dieses Versprechen erinnern.

Deshalb fordern wir mit dem Entschuldungsbündnis „erlassjahr.de“: Der Koalitionsvertrag muss umgesetzt, ein Staateninsolvenzverfahren muss geschaffen werden.

Konkret bedeutet das:

- Den Zielen für nachhaltige Entwicklung wird mehr Bedeutung beigemessen werden als den Forderungen der Gläubiger.
- Über die Notwendigkeit von Schuldenerleichterungen entscheidet eine unabhängige Instanz, nicht mehr der Gläubiger.
- Alle Gläubiger – auch private Gläubiger wie Banken und Fonds – werden verpflichtet, sich an notwendigen Erlassen zu beteiligen und damit auch Verluste in Kauf zu nehmen.
- Länder können sich daher darauf verlassen, dass sie Schuldenerlasse erhalten, die eine nachhaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Erholung der Volkswirtschaft ermöglichen.

Deutschland kann das nicht allein erreichen. Aber als wirtschaftliches und politisches Schwergewicht kann Deutschland seine Stimme in mächtigen internationalen Institutionen und Gremien erheben.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, konkrete Schritte zu gehen, um den Worten im Koalitionsvertrag Taten folgen zu lassen. Wir fordern: Mit Schulden fair verfahren, damit die vielen überschuldeten Länder des Südens genügend finanziellen Spielraum erhalten für Klimaschutz und Armutsbekämpfung!